

## Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug als größte Herausforderungen des Arbeitsmarktes im Land Brandenburg

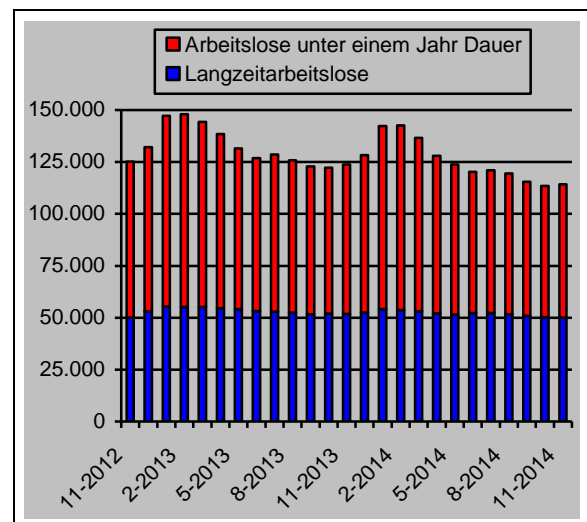
Die Arbeitslosigkeit in der Mark hat sich in den vergangenen Jahren merklich verringert und inzwischen den geringsten Stand seit der politischen sowie ökonomischen Wende 1989/1990 erreicht. Vor diesem Hintergrund hat das PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung aus Potsdam untersucht, mit welchen aktuellen Herausforderungen der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg konfrontiert ist und wie den damit verbundenen Anforderungen arbeitsmarkt-, beschäftigungs- bzw. sozialpolitisch begegnet werden kann.

Zwischen November 2012 und November 2014 ist die Anzahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg von 125.171 auf 114.208 zurückgegangen und damit um immerhin 8,8 % gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt damit bereits seit einiger Zeit kontinuierlich unter der 10-Prozent-Marke.

An diesem Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Mark partizipierten nahezu alle Personengruppen, wenn auch in unterschiedlichem Maße: Frauen (-9,2 %) und Männer (-8,4 %), Jüngere (-34,6 %) und Ältere (-2 %), Menschen mit (-3,8 %) und Menschen ohne Behinderung (-9 %).

Im Gegensatz dazu verringerte sich die Anzahl der Langzeitarbeitslosen – d.h. derjenigen Arbeitslosen, die bereits ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung sind – nicht, sondern verharrte auf einem unverändert hohen quantitativen Niveau: Waren im November 2012 50.071 Brandenburgerinnen und Brandenburger langzeitlos, so lag deren Zahl im November 2014 immer noch bei 50.067.

Dementsprechend erhöhte sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den beiden vergangenen Jahren von 40 % (November 2012) auf 43,8 % (November 2014).



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

In der differenzierten Betrachtung nach Rechtskreisen liegt der Langzeitarbeitslosenanteil im Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) aktuell bei 20,4 % und im Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) bei 52,3 %.

Entsprechend ist insbesondere im Rechtskreis des SGB II im Land Brandenburg, wie in den anderen Bundesländern auch, eine dramatische Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug festzustellen.

	Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach bisheriger Verweildauer im SGB II	
	11-2012	11-2014
bis unter einem Jahr	24,4 %	18,0 %
ein Jahr bis unter zwei Jahre	13,4 %	11,0 %
zwei Jahre und länger	62,2 %	71,0 %
dar. vier Jahre und länger	k.A.	56,0 %

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Aktuell sind es im Land Brandenburg bereits 82 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder trotz Arbeit aber wegen zu geringer Erwerbseinkommen bereits zwei Jahre und länger für ihre soziale Grundsicherung auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II angewiesen sind. Zwei Jahre zuvor waren dies mit 75,6 % noch merklich weniger.

Wie die vorstehende Übersicht verdeutlicht, gelingt es immer weniger Betroffenen, aus dem System der Grundsicherung für Arbeitsuchende bzw. Hartz IV auszutreten.

Sogar deutlich über die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Mark ist zur Sicherung des Lebensunterhaltes bereits vier Jahre und länger von sozialen Grundsicherung nach dem SGB II abhängig.

Langzeitarbeitslosigkeit bzw. Langzeitleistungsbezug gehören nach diesen Daten für insgesamt etwa 151.400 erwerbsfähige Brandenburgerinnen und Brandenburger seit vielen Jahren zur Lebensrealität.

Die Arbeitsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Land Brandenburg hat sich zwar schrittweise verbessert, gleichwohl stehen im Jahresdurchschnitt 2014 rechnerisch 100 von Arbeitgebern gemeldeten Arbeitsstellen noch immer 675 Arbeitslose gegenüber. Vor diesem Hintergrund und angesichts der anhaltend hohen Langzeitarbeitslosigkeit ist es arbeitsmarkt-, beschäftigungs- wie auch sozialpolitisch völlig verfehlt, dass in den vergangenen Jahren – vor allem von der Bundesebene veranlasst – die Möglichkeiten für öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse quantitativ immer mehr verringert und qualitativ zudem deutlich verschlechtert wurden. Vielmehr besteht erheblicher politischer Gestaltungsbedarf, um auch Langzeitarbeitslosen realistische Arbeitsperspektiven zu geben und soziale sowie gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das jüngste ESF-Bundesprogramm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit, mit bundesweit gerade einmal bis zu 33.000 öffentlich geförderten Arbeitsplätzen, reicht dafür nicht einmal ansatzweise aus.

Gegen eine Aufwandsgebühr von 250 € bieten wir Ihnen eine Präsentation der detaillierten Analyseergebnisse in Ihrem Hause an. Terminwünsche richten Sie bitte schriftlich an: [piw-potsdam@t-online.de](mailto:piw-potsdam@t-online.de). Sonderkonditionen auf Anfrage.